

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung Göttingen-Zürich. Postsendungen franco gegen frants Gesundheitsbriefe nach der Schweiz kosten Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Abonnements werden bei allen Schweizerischen Postämtern sowie beim Verlag und bei den bekannten Buchhandlungen entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband) Fr. 2 — für Deutschland (Gauver) Fr. 1.70 für Oesterreich (Gauver) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband). Inserate die dreizehnpennige Zeitzeile 25 Lit. — 20 Fig.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Nr. 1. Donnerstag, 1. Januar 1885.

Avs an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“ Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bzw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach ihren Wünschen möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns mit unserer Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die zukünftige Vertheilung im Vorderfeld notwendig und darf keine Vorkehrungsmaßregel versäumt werden, die Briefmarken über den wahren Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere nachher zu schätzen. Hauptverbreiter ist hiesig einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In postfachlichen Fällen empfiehlt sich bereits größeres Schriftstück Kommandirung. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mähe noch Kosten scheuen um trotz aller unangenehmen Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Unsere auswärtigen Abonnenten,

Illustrierten, Vertrauensleuten u. legen wir ans Herz, Abrechnungen und Abonnementsverlängerungen, soweit noch nicht erfolgt, ungekündigt zu bewirken, ebenso wollen alle Abonnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintreten muß. Unsere Vertrauensadressen sind bekannt. Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller. Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung. Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankieren, wodurch erhebliche Verluste durch Straßportien entstehen, so bemerken wir hiermit wiederholt: Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz kosten: aus Deutschland (und dem übrigen Ausland) . . . 20 Fig. aus Oesterreich-Ungarn 10 Kr. Bei schwereren Briefen kosten immer je 15 Gramm weitere 20 Fig., bezw. 10 Kr. Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankirten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition.

Zum neuen Jahr.

Ein Jahr des Kampfes liegt hinter uns, und als ein Jahr des Kampfes begrüßen wir das neue Jahr. Kampf, Kampf und abermals Kampf — das ist die Devise unserer Bewegung. Kampf gegen die Tyrannei in jeder Gestalt: gegen politische Unterdrückung, gegen wirtschaftliche Verklammerung, gegen die Knechtung der Geister. Solange auf einem dieser Gebiete der Feind die Macht in Händen hat, solange hat er sie auch auf allen. Eine Trennung ist hier nicht möglich — sie hieße ein Aufgeben unseres hohen Zieles: die freie, auf den Grundfragen der Gleichheit und Solidarität errichtete Gesellschaft. Solange eine Klasse noch die politische Herrschaft über die Masse des Volkes in Händen hat, wird sie auch dafür sorgen, es wirtschaftlich in Abhängigkeit zu erhalten, und solange die Menschen noch wirtschaftlich von ihren Nebenmenschen abhängen, werden sie, auch unter der freiesten Verfassung, politisch geknechtet sein. Und solange die Wissenschaft, die Erkenntniß, Privilegium einer Minderheit ist, solange die Menschen nicht geistig frei sind, werden sie Knechte sein — gleichviel wessen. In dieser Unversältheit (Allgemeinheit) unseres Kampfes liegt unsere Stärke. Es ist uns zwar schon oft vorgehalten worden, daß wir mehr erreichen, Größeres erzielen könnten, wenn wir uns zunächst auf die eine Seite unserer Forderungen beschränken wollten. Mancher, der sich es, mit unserem wirtschaftlichen Programme sympathisire, werde durch unsere politische Stellung abgelenkt und verglichen. Aber es hat sich noch mehr herausgestellt, daß diese halben Freunde der Sozialdemokratie in kritischen Momenten zu halben Feinden derselben wurden, und — ein halber Feind, der schlimmste Feind! Wer die politische, die geistige Befreiung der Arbeiter nicht will, dem kann es auch mit ihrer wirtschaftlichen Emanzipation nicht ernst sein. So sehen wir denn auch, trotzdem es an „Arbeiterfreunden“ heute durchaus nicht mangelt, trotzdem fast alle Parteien in Sozialpolitik machen, die Lage der arbeitenden Klassen sich keineswegs heben. Wohin wir den Blick auch wenden: in der bürgerlichen Republik Frankreich, im konstitutionell-parlamentarischen Rußland, im monarchischen föderativen Oesterreich, im absolutistisch-zentralistischen Rußland, in Preußen-Deutschland, dem Lande des sozialen Königthums — überall sehen wir Noth und Elend unter den arbeitenden Klassen zunehmen, überall vernehmen wir von Herabsetzungen der Arbeitslöhne. Billiger arbeiten, lautet die Parole, nur wer die billigsten Waaren auf den Markt schleudert, kann im Konkurrenzkampf bestehen. Lohnreduktion — wißt ihr, was das für den Proletarier heißt? Welche Summe von Entbehrungen, Jammer und Elend dieses schreckliche Wort bedeutet? O wenn ihr wirkliche Freunde des Arbeiters wäret, ihr

mühtet es wissen! Ihr seid ja doch sonst so gute Rechenmeister, versteht euch darauf, Budgets zusammenzustellen, und ihr solltet es nicht wissen, was es heißt, statt mit dem Zimmerlohn von 3 Mark mit dem Hungerlohn von 2 Mark Frau und Kinder ernähren zu müssen? O ihr könnt es wissen, aber ihr wollt es nicht wissen. Bei der Lohnfrage hört eure Arbeiterfreundschaft auf. Ihr sprecht von sozialen Reformen, von Arbeiterversicherung und allem Möglichen, aber die einzige Versicherung, welche der Arbeiter braucht, das ist die Versicherung gegen die Hungerpeitsche, und anstatt da einzusetzen, seid ihr ängstlich bemüht, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter noch widerstandsfähiger dieser furchtbaren Peitsche preisgegeben wird. Inbezug die klassenbewußten Arbeiter lassen sich nicht täuschen. Alle Versuche, sie durch Polizeibruch einzuschüchtern und dann durch süßliches Pfaffengeschwätz zu fesseln, sind schlageloch. Sie haben den politischen Chikanen müthigen Widerstand geleistet und die Bauernfänger in Talar mit Hohn heimgeschickt. Am 21. Oktober dokumentirten nahezu 600,000 Arbeiter in Deutschland, daß sie von den Halben, wie dieselben sich auch nennen mögen, nichts wissen wollen, sondern nur die Ganzen — die geknechteten Sozialdemokraten — als ihre berufenen Vertreter anerkennen.

Es ist nicht kurzfristige Ueberschätzung, nicht nationaler Dünkel, nicht eitle Selbstverherrlichung, wenn wir behaupten, daß der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie das bedeutungsvollste Ereigniß des Jahres 1884 war. Selbst die Gegner, welche doch sonst durchaus nicht schüchtern sind, wenn es gilt, unsere Erfolge zu verkleinern, konnten sich der gewaltigen Wucht dieser Thatsache nicht entziehen, und gestanden es zu, daß die Sozialdemokratie, die in Acht und Mann gehabene Umsturzpartei, einen glänzenden Sieg errungen. Und auch der allmächtige Reichskanzler, der Schöpfer des infamen Ausnahmengesetzes, mußte die eklatante Verurtheilung seines Werkes konstatiren. Er, der Mann der Erfolge, war es, der in der erregten Sitzung vom 15. Dezember die Worte hervorrief: „Sie sind jetzt eine starke und wachsende Partei, . . . der ich im Großen und Ganzen nicht so feindlich gegenüberstehe, daß ich hier auf Rohheiten mit Rohheiten erwidern möchte.“ Wir konstatiren diese Thatsachen mit Genugthuung, sie sollen uns Mut geben zu unentwegter Fortsetzung des Kampfes. Denn so hoch man nun diese Triumphe auch anschlagen mag, darüber wollen wir uns nicht hinwegtäuschen, daß, was bisher geleistet wurde, gering ist im Verhältnis zu dem, was noch geleistet werden muß, daß die Hauptarbeit noch vor uns liegt. Hat auch das kräftige Auftreten der Sozialdemokratie zweifelsohne manchen Schlag vermindert, der sonst gegen die deutschen Arbeiter geführt worden wäre, ist sie auch die Veranlassung, daß die herrschenden Klassen überhaupt anfangen, sich mit der Frage der sozialen Reformen zu beschäftigen, so sind doch diese Reformen bisher so jammervoller Natur, daß, wie wir oben zeigten, und was jeder Arbeiter selbst fühlt, sie den Kern des Uebels gar nicht berühren.

Die Heuchelei ist ein Kompliment an die Tugend, sagt ein französisches Sprichwort. Man kann in gleichem Sinne sagen: Die Sozialreform ist ein Kompliment an den Sozialismus. Aber dem hungernben Arbeiter ist mit Komplimenten nicht gedient, er will, er muß reelle Thaten sehen, die ihm wirklich helfen. An Gelegenheit zu helfen fehlt es nicht; wird sie nicht benutzt, nun, so wird den Arbeitern kein anderer Schluß übrig bleiben, als daß, so deutlich die 600,000 sozialdemokratischen Stimmzetteln auch gesprochen, diese Sprache für gewisse Leute immer noch nicht deutlich genug war.

Gleich in den ersten Wochen des neuen Jahres werden sich der deutsche Reichstag und die deutsche Reichsregierung darüber zu erklären haben, ob sie das infame Ausnahmengesetz, welches nun seit sechs Jahren die deutschen Arbeiter der Polizeiwillkür unterstellt, aufrechtzuerhalten gedenken; noch in der ersten Session werden sie Stellung zu nehmen haben zu der Frage eines wirklichen Arbeiterschutzes. Wir werden dann sehen, inwieweit die Herren die Zeichen der Zeit verstehen gelernt. Vorläufig scheint es, als setze man in gewissen Kreisen Alles daran, die Augen von den miserablen Zuständen im Innern auf die auswärtige Politik zu lenken, wo die deutsche Diplomatie ja die wunderbarsten Erfolge erzielt. Vielleicht schwebt auch irgend ein „glorreicher Krieg“ in der Luft, der die Aufmerksamkeit der Menge in Anspruch nehmen soll.

Wenn sich aber die Bourgeoisie mit diplomatischem und sonstigem Ruhm abthürnen läßt, die Sozialdemokratie wird sich durch solche Künste ebensowenig betören lassen als durch die bisherigen Versuche, sie einzuschläfern, sie wird sich vielmehr durch sie nur veranlaßt sehen, doppelt auf der Hut zu sein. Jedenfalls treten wir in das neue Jahr mit dem Bewußtsein ein, daß wir keine Ursache haben, auf unseren Vorbeeren auszurufen, sondern daß die größere Kraft uns zu größeren Leistungen

verpflichtet; und mit dem festen Entschluß, Alles zu thun, was in unseren Kräften steht, um unsere Sache zum Siege zu führen, und nichts zu unterlassen, was die Interessen der Arbeiterklasse erschweren.

Und darum bleibt unser Neujahrsgruß an die Genossen nach wie vor: Glück auf zum Kampf!

Zum Dynamit-Prozeß „Reinsdorf und Genossen“.

Aus Leipzig schreibt uns unser dortiger Korrespondent: Der neueste, natürlich aber, wenn es im lieben Polizei-Deutschland so fortgeht, nicht letzte „Hochverrathprozeß“ ist glücklich beendet; Dank der sorgsamsten Leitung sind unangenehme Entwicklungen so ziemlich vermieden worden — drei der Attentäter sind pflichtschuldig und „von Rechts wegen“ zum Tode verurtheilt worden, und da die Haupt- und Staatsaktion sonst des nöthigen Kimbus entbehren würde, so wird auch unzweifelhaft mindestens einer der Verurtheilten durch Hinterschub um einen Kopf kürzer gemacht werden. Und was sind die Handlungen, die dem Prozeß zu Grunde liegen? Ein so „monströses Verbrechen“, wie man es nur denken kann — wenn die vom obersten Gerichtshof durch sein Urtheil sanktionirten Behauptungen der Anklage richtig sind. Der deutsche Kaiser sammt etlichen Duzenden anderer Potentaten und Hochwürden sollten bei einer festlichen Gelegenheit, welche diese vornehme Gesellschaft zusammenführte, durch Dynamit in die Luft gesprengt und in Atome zerfallen werden. Das Attentat, durch welches die Hinrichtung Alexander's II. bewerkstelligt wurde, war Kinderpiel dagegen — immer vorausgesetzt, daß die durch den Urtheilspruch bestätigten Angaben der Anklage richtig sind. Allein merkwürdigerweise haben die Verhandlungen dieses Schauerprozesses, trotz beständiger Anstrengungen der „Presse“, im Publikum durch aus keinen Schauer hervorgerufen. Ferlich, das „monströse Verbrechen“ der Reinsdorf und Genossen ist nicht zur vollendeten Ausführung gelangt — keinem gekrönten oder unkrönten Menschen ist ein Haar gekrümmt worden. Inbezug das erklärt die relative Gleichgültigkeit des Publikums nicht. Der Grund ist ein anderer. Er liegt in der Persönlichkeit der „Verbrecher“. Das sind keine Männer geschneidert aus dem Holz der russischen Nihilisten, jener todesmüthigen, opferfreudigen Helden, die mit konzentriertem, zielbewusstem Willen unbezwingbar, unangefochten den Weg der Pflicht wandeln, den Schuldigen zu treffen wissen, wie mächtig auch immer er sei, wie sorgfältig er sich auch schützen möge. Muth, Willen und Zielbewußtheit — das ist es, was die Nihilisten ihren Feinden und den Feinden des Volkes fürchtbar gemacht, die Gewaltthäter in Angst versetzt, den Gedankenlosen zitternde Ehrsucht, den Klar- und Edelgedenkenden Bewunderung eingebracht hat. Sind diese Eigenschaften bei Reinsdorf und seinen Genossen zu finden? Zunächst sei eine Art Ehrenpflicht erfüllt, indem ich feststelle, daß der Prozeß die gegen Reinsdorf erhobene Beschuldigung, daß er Agent der Polizei sei, nicht als wahr erwiesen hat. Im Gegentheil, sie haben — meiner Ueberzeugung nach — ihn nach dieser Richtung hin gereinigt. Wo aber ist der Muth, der Willen, die Zielbewußtheit? Im Moment der Aktion wird Reinsdorf stets krank; er schilt Andere vor. Im Gerichtshof legt er sich auf's Zeugnen, bis er sieht, daß das Zeugnen nichts hilft, weil er von allen Seiten umgarnet ist. Von ernstlichem, klarem Willen keine Spur. Titel, Konfus, spielt er eine Rolle, und erblickt sein Ideal darin, eine Romanfigur zu sein, die von Köhnen angestaunt und von Köhnerinnen ernstgenommen wird. Er ist der Verschwörer, wie er im Buch steht, wenn auch nur im Polizeibuch — der Verschwörer nach dem Geschmack der Stieber und Rabai, den das äldste Polizeigenie durchschaut, und der nur denen gefährlich ist, die auf seine Verschwörungstalenten sich verlassen. Und die Zielbewußtheit! In einem Athem nennt er sich einen Anarchisten und behauptet, daß er keine Armeekorps zur Verfügung hat — als ob die Anarchie, welche jede Organisation für „reaktionär“ erklärt, Armeekorps organisiren könnte! Etwas Widerspruchsvolles, Widersinnigeres als das „Glaubensbekenntniß“ dieses „Anarchisten“, der unverbante sozialistische Schlagwörter mit Kraftphrasen aus Schiller's „Räubern“ zusammennimmt, läßt sich unmöglich denken. Und Reinsdorf ist der einzige der Angeklagten in diesem „Hochverrathprozeß“, der die Präzension hatte, eine ernsthaftige Rolle zu spielen. Wurzel hatten die „Verschwörungen“ dieses sonderbaren Verschwörers nirgend geschlagen — keine Partei stand hinter ihm, den Waffen war er fremd und ungenügsam. Konnte er die Staats- und Gesellschaftsordnung bedrohen? Hatte er das Zeug zur Durchführung des von ihm geplanten Attentates? Nein und nochmals nein! Niemand hat es geglaubt, die Polizei so wenig wie die Richter und das Publikum. Das erklärt die sonst unerklärliche Gleichgültigkeit diesem Prozeß gegenüber. Doch das ist nicht Alles. Ich sagte: die Prozeßverhandlungen hätten keinen Anhalt dafür ergeben, daß er ein Polizei-Agent sei. Aber sie haben den Beweis geliefert, daß er ein Polizei-Werkzeug war. Seine Verschwörungen im Stile des Hans Rost und der Köhnen-Romanen waren der Polizei von Anfang an bekannt. Er hat keinen Schritt gethan, der nicht überwacht gewesen wäre. Mehr! Mancher Schritt, den er gethan hat, war ihm von den Genossen inspirirt, welche die Polizei nach dem bekannten Rezept dem plumpen Verschwörer zur Seite gestellt hatte. Wäre

*) Reinsdorf selbst sagte in seiner Vertheidigungrede: „Der Herr Polizeikommissar (Gottschalk) hat wahrscheinlich schon vor dem Attentat darum gewußt.“

die Verteidigung eine andere gewesen, wäre sie statt von Advokaten, die das Reichsgericht stellte, von unabhängigen, mit den politischen Kämpfen der Gegenwart vertrauten Anwälten geführt worden, so wäre unzweifelhaft die Wahrheit voll und ganz ans Licht gekommen, denn die deutsche Polizei gibt Reinbold an Plumpheit durchaus nichts nach. Doch die offiziellen Verteidiger hüteten sich wohl, der Sache auf den Grund zu gehen und kompromittierende Enthüllungen zu veranlassen, die ihrer Karriere geschadet hätten. Den Angeklagten nicht minder feindlich als der öffentliche Ankläger und die Richter, war es der Verteidiger Hauptbemühen, daß der Schein gewahrt und die Polizei nebst dem, was drum und dran hängt, vor unliebsamen Heberäufungen und moralischen Schaben bewahrt wurde.

Trotzdem kam es an den Tag, daß Polizeikommissarius Gottschalk tief in der „Verschwörung“ drin gesteckt hat; und Reinbold selbst ließ sich von der Bemerkung fortreißen, daß einer seiner Mitverschwornen auf Kosten der Polizei nach der Stelle des Attentats gefahren sei. Er war im Begriff, weitere Indiscretionen zu begehen, als der Vorsitzende des Gerichts ihn rechtzeitig von dem heikeln Thema abbrachte.

Daß die Polizei von dem Thun und Treiben der „Verschwörer“ auf's Genauste unterrichtet war, geht aus den Prozeßhandlungen zur Evidenz hervor. Nur darüber kann ein Zweifel obwalten, ob sie das Niederwald-Attentat positiv angeklagt, oder ob sie es bloß geduldet hat.

Ueber die Thatsache, daß der — notorisch Hunderten bekannte Attentatsplan erst nach Verlauf von Monaten offiziell zur Kenntnis der Gerichte gelangt ist, wurde geschildert ein Scheler getrieben. Für den Denkfähigen und unserer politischen Verhältnisse Kundigen liegen die Dinge so klar, daß es keiner weiteren Aufklärungen bedarf.

Genug — unter den traurigen und schmachvollen „Hochverratsprozessen“, mit denen das Sozialistengesetz uns beschenkt hat, ist der Prozeß Reinbold und Genossen der traurigste und schmachvollste, weil er die Polizeimacht am deutlichsten auf der Stirne trägt.

Das ist eine Seite, welche bei der Reichstagsverhandlung über die Denkschriften betreffend den „kleinen“ Belagerungsstand scharf zu beleuchten sein wird.

Rachschrift. Das „Leipziger Tageblatt“, welches in letzter Zeit einen kleinen Anlauf zur Anständigkeit, wenigstens unserer Partei gegenüber, genommen hatte, ist wieder in seine alten Gewohnheiten zurückgefallen und hat das Niederwald-Attentat auf „sozialdemokratische Anschauungen“ zurückgeführt oder zurückführen wollen. Es ist dies um so niederrichteriger, als das „Tageblatt“ ziemlich gute Berichte über die Prozeßhandlungen gebracht und namentlich auch diejenigen Kennerungen, in welchen die Angeklagten sich gegen die Sozialdemokratie und gegen „sozialdemokratische Anschauungen“ wendeten, ausführlich mitgeteilt hat.

Obgleich die Dummheit und Unwissenheit der „Tageblatt“-Redaktion weitbekannt sind — das heißt so weit bekannt, wie das „Tageblatt“ selbst — so liegt in diesem Falle doch weder Dummheit noch Unwissenheit vor, sondern Berechnung. Das „Tageblatt“ will nämlich eine Verwertung des Reinbold-Prozesses zu Ungunsten des geliebten Sozialistengesetzes vorbeugen und den Prozeß für das Sozialistengesetz ausschlagen.

Wie es das anfangen wird, darauf sind wir allerdings einigermaßen gespannt.

Wenn das Sozialistengesetz ein vernichtenden Schlag erträgt, so durch diesen Prozeß. Nicht nur daß es das Niederwald-Attentat und die sonstigen Akte des Reinbold nicht verurteilt hat — es hat dies Attentat und diese Akte direkt und positiv hervorgerufen. Reinbold hatte schon vor dem Sozialistengesetz seine „anarchistischen Ideen“, allein bei freier öffentlicher Entwicklung der Sozialdemokratie wäre er über die „Ideen“ nicht hinausgekommen — jedenfalls würde er eine so lächerliche Rolle gespielt haben, daß er „in seines Nichts durchdringendem Gefühl“ an alles Andere eher gedacht hätte als an Attentate.

Uebrigens glaube ich auch heute nicht an den Ernst seiner Attentate. Ich glaube wirklich, daß er nicht gelogen hat, als er versicherte, es hätte bloß „ein großer Anfall“ sein sollen.

Und schließlich konnte es ja auch nichts anderes werden. Das „Niederwald-Attentat“ war so miserabel, so nachlässig vorbereitet, daß, wenn auch die Zündschnur gebrannt hätte, aller Wahrscheinlichkeit nach keinem Menschen ein Haar gekrümmt worden wäre. Hätten vierzehnjährige Jungen, wie sie manchmal, nachdem sie Schiller's „Räuber“ gelesen, zu „Räuberbanden“ zusammengetreten — hätten vierzehnjährige Jungen sich auf's Attentat verlegt, sie würden es ungefähr ebenso gemacht haben.

Deshalb will das Publikum auch den Prozeß und das „Niederwald-Attentat“ durchaus nicht ernst nehmen.

Koch ein Wort über die Höhe der Strafen.

Es wird wohl Niemand einfallen, sie juristisch rechtfertigen zu wollen, in ihnen prägt sich vielmehr der politische Charakter des Prozeßes deutlich aus. Es fällt uns nun nicht ein, darüber spitzfinden zu wollen, ob etwa 4 Jahre Zuchthaus für Bachmann „gerechtfertigt“ gewesen wären als 10 Jahre, oder konstatieren wollen wir doch, daß so weit wir Gelegenheit hatten, herumzuführen, diese enormen Strafen für Handlungen, die nicht einmal leichte Beschuldigungen zur Folge gehabt, den Beratenden in den Augen des großen Publikums wirklich zu Gute kommen, nach dieser Richtung hin also ihren Zweck verfehlen. Ob sie denselben nach der anderen Richtung hin, wir meinen als Abschreckungsbeispiel, besser erfüllen werden, wird die Zukunft lehren.

Beuilleton.

Das Wahlmanifest der deutschen Sozialdemokratie

zu den Wahlen vom 28. Oktober 1884.)

Wähler!

In wenigen Wochen habt Ihr an die Wahlurne zu treten und einen neuen Reichstag zu wählen. Die Wahl ist frei, sonst wäre es keine Wahl. Der Reichstag ist die Vertretung und oberste gesetzgebende Behörde des deutschen Volkes; er entscheidet über Euer Wohl und Weh, und da Ihr ihn zu wählen habt, so entscheidet Ihr selbst über Euer Wohl und Weh! So wie Ihr den Reichstag wählt, wird der Reichstag sein. Der Stimmzettel ist das Werkzeug, mit dem Ihr den Staat nach Euren Gefühlen, zu Euren Ruhm und frommen zurecht jimmern könnt. Ihr seid also im wahren Sinn des Wortes Eures Schicksals Schlichter. Sagt nicht: „De oben thun doch, was sie wollen; sie kümmern sich nicht um den Reichstag.“ Das ist falsch. Das allgemeine gleiche Wahlrecht hat den Kern und die Wurzel im Staat dem Reichsten und höchsten gleichgestellt, und wenn unser Staat heute noch ein Staat der Reichen ist, so ist das die Schuld des „armen“ und des „kleinen“ Mannes, der von seinem kostbaren Staatsbürgerrechte: dem Wahlrecht, bisher nur zu häufig gar keinen, oder, was noch schlimmer ist, schlechten Gebrauch machte, indem er Männern seine Stimme gab, die ihrer ganzen Stellung und ihren Anschauungen nach seine Interessen zu vertreten nicht in der Lage sind. Millionen von Wählern — fast ausschließlich den sogenannten unteren Ständen, der arbeitenden Klasse angehörend — haben bei den früheren Wahlen gar nicht mitgewählt, und Millionen derer, die wählten, haben Gegnern, d. h. Männern, welche gegnerische, ja feindselige Interessen vertraten, ihre Stimme gegeben. Wenn „Die oben“ bisher gethan haben, was sie thun wollten, so haben sie es gethan, weil „Die unten“ zum großen, vielleicht größten Theile

Die Sozialdemokratie und die Frauenarbeit.

In der „Frankfurter Zeitung“ vom 23. Dezember finden wir folgende superfluge Bemerkung:

„Nach dem, was bisher über die Arbeiter der — (von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleitet) — Kommission, deren Entwurf die Gestalt einer Novelle zur Genußordnung haben wird, bekannt geworden ist, dürfte den Herren von den Rechten und vom Centrum die Zustimmung zu einem Theil der sozialdemokratischen Vorschläge keineswegs schwer werden. Zum Theil bewegen sich dieselben, wie das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter, ganz in dem Rahmen der Forderungen der Konventionen, von denen vor Kurzem der Abgeordnete Lehren von der Reichspartei einen dasselbe Ziel verfolgenden Antrag eingebracht hat. Man sieht hier übrigens, wie sehr die Sozialdemokraten ihre Forderungen ermäßigen und abschwächen müssen, wenn sie praktische Politik treiben wollen. Ihre Parteiforderungen proklamieren die vollständige Beseitigung der Frauenarbeit, hier, wo sie zuerst die „Klinke der Gesetzgebung“ ergreifen, begnügen sie sich mit der Beseitigung derselben Frauenarbeit, durch welche die Gesundheit und die Sittlichkeit gefährdet werden könnte.“ So die Frankfurterin.

Bei der liebenswürdigen Vereinzelnung der „Herren von den Rechten und vom Centrum“ halten wir uns nicht erst auf; ob diese Leute für die Arbeiterklasse stimmen oder andere, ist uns gleichgültig; die Hauptsache ist, daß dieselben unsern Grundgedanken entsprechen, das heißt den Interessen der Arbeiterklasse in jeder Beziehung förderlich sind.

It aber wenigstens der Vorwurf von wegen der „Frauenarbeit“ gerechtfertigt? Keineswegs. Unsere Abgeordneten handeln durchaus den Parteiforderungen entsprechend, wenn sie nicht die „vollständige Aufhebung der Frauenarbeit“ verlangen. Denn diese Forderung ist heute keine sozialistische, sondern eine reaktionäre.

Sie steht zunächst in keinem der sozialistischen Programme. Das Eisenacher Programm verlangte in Punkt III, 8: „Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“ Das Gothaer Programm unter Punkt III, 5: „Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit“ — gerade das, was in obigem Geleitentwurf verlangt wird.

Um auch ein ausländisches Programm hier anzuführen, bemerken wir, daß das sogenannte Minimumprogramm der französischen Arbeiterpartei in Bezug auf die Frauenarbeit lediglich die Forderung aufstellt: „Gleichheit der Löhne bei gleichen Leistungen für männliche und weibliche Arbeiter.“

Wenn also wirklich Sozialisten irgendwo die Forderung der „vollständigen Beseitigung der Frauenarbeit“ aufstellt haben, so befinden sie sich damit im Widerspruch mit den vorgeschrittensten der sozialistischen Parteien.

Kein Zweifel, daß die Frauenarbeit heute eines der beliebtesten Mittel ist, den Arbeitelohn überhaupt herabzudrücken, und daß man es den Arbeitern irgend einer Branche, in der die Frauenarbeit einzubringen strebt, nicht übel nehmen kann, wenn sie dagegen nach Kräften Widerstand leisten, aber dieser Widerstand hat doch nur insofern seine Berechtigung, als er sich eben gegen die mit der Einführung der Frauenarbeit verbundene Herabdrückung der Löhne oder überhaupt der Lebenshaltung der Arbeiter und gegen die mit ihr verbundene Schädigung der Gesundheitsverhältnisse wendet. Denn trotz aller Liebesreden, welche die industrielle Frauenarbeit heute zur Folge hat, ist sie, wie Bebel in seinem Buch über die Frau sehr richtig sagt (S. 93), trotz alledem und alledem „genau so ein Fortschritt, wie es der Eintritt der Gewerbetreibenden, der Freizügigkeit, der Berechtigungsfreiheit und die Wegräumung aller Schranken war, welche die großkapitalistische Produktion begünstigten, aber unserer Klein- und Mittelgewerbe den Todesstoß versetzten, ihm rettungslos den Untergang bereiteten.“

So Bebel! und ganz ebenso drücken sich Guesde und Lafargue in ihrer prächtigen Broschüre über das Programm der Arbeiterpartei aus. Da heißt es S. 97 und ff.:

„Wenn man sich aber den Widerstand, den das Proletariat anfangs dem Eintritt der Frau in die Werkstatt entgegensetzte, erklärt und ihn billigen muß, so kann die Arbeiterpartei, das heißt die zum Bewußtsein gekommene Arbeiterklasse, in demselben keine Lösung der Frage, wie sie heute liegt, erblicken.“

Erstens ist diese Beseitigung der Frauenarbeit eine thatsächliche Unmöglichkeit geworden. Die Zahl der weiblichen Arbeiter, welche die moderne Industrie in den Dienst gepreht hat, ist eine viel zu große.

Aber auch wenn die Sache möglich wäre, wäre es nicht zweckmäßig, nach dieser Richtung hin seine Kraft einzusetzen, da die industrielle Frauenarbeit, obwohl heute, in der kapitalistischen Gesellschaft, ein Uebel, in der neuen Gesellschaft, wo die Arbeitseigenschaft erheblich herabgesetzt und der Ausbeuterprofit beseitigt ist, ein Segen für die Frau sein wird, indem sie sie aus der ökonomischen Abhängigkeit vom Mann befreit und ihr erlaubt, für sich selbst zu leben, weil sie durch sich selbst lebt.

Soll die Frau sich selbst gehören, soll sie die Freiheit über ihren Leib wiedererlangen — ohne welche es nur Prostitution gibt, wie geistlich immer das Verhältnis von Frau und Mann sein mag — so muß sie durch eigene Kraft, ohne den Mann, ihre Existenz finden können.

Die Arbeiterpartei darf daher nicht das Verbot der industriellen Frauenarbeit verlangen, so wenig sie die Ausweisung der ausländischen Arbeiter verlangt“ (sondern nur das Verbot, ausländische Arbeiter zu niedrigeren Löhnen als die einheimischen einzustellen).

So unsere französischen Genossen.

Es ist auch nicht überflüssig, auf die in allen sogenannten Kulturstaaten stetig wachsende Zahl von Frauen hinzuweisen, denen das — heute etwas problematische — Glück, Gattin zu werden, versagt bleibt. In Deutschland ergab die Volkszählung vom Jahr 1875, daß die weibliche Bevölkerung einen Ueberschuß von 741,632 Köpfen über die männliche hatte. Man rechne hierzu die gleichfalls stetig wachsende Zahl der

bisher keinen Willen gehabt haben, und das, was von oben kam, gläubig hinnehmen. Wenn die Massen des Volkes einen Willen haben, dann wird der Wille des Volkes auch Gesetz sein. Vorher nicht.

Wille ist aber nicht Laune, nicht augenblickliches Gefühl; Wille setzt klaren Bewußtsein, klaren Erkenntnis voraus.

Um Euren Willen im Staate zur Geltung zu bringen, müßt Ihr erst wissen, was Ihr wollt, müßt erkannt haben, was Euch noth thut, müßt Eures Vieles Euch klar bewußt sein. Ohne Zielbewußtsein keine Möglichkeit, das Ziel zu erreichen.

Und was ist das Ziel?

Die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Zustände.

Alles Andere ist Neben- und Beiwert.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sind durch und durch ungesund; mit Ausnahme einer winzigen Rinderheide leidet das gesamte Volk. Arbeiter, Handwerker, Kleinwerbetreibende, Bauern — sie alle haben Grund, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein: die Landwirtschaft liegt im Argen, Handel und Industrie wollen nicht gedeihen, Tausende sind arbeitslos und verdinglos.

Kurz — die Gesellschaft ist krank, und es gilt, sie zu heilen.

Die Regierungen und sämtliche Parteien haben die Heilung versprochen. An Kraxen fehlt es nicht, und jeder von ihnen behauptet, sein Mittel sei das rechte, das allein richtige.

Ihr habt zwischen den verschiedenen Kersten und Heilarten zu wählen. Und damit das Volk nicht Plüschern zum Opfer falle, appellieren wir an Euren Verstand und mahnen Euch, auf der Hut zu sein gegen jeden Appell an die Phantasie oder die blinden Leidenschaften.

Wir gehen ohne Umschweife zum Kern der Sache.

Wer einen Organismus heilen will — sei es ein Individuum, sei es der Gesellschaftskörper — muß zunächst die Natur dieses Organismus kennen. Das ist unerlässliche Vorbereitung. Sonst kann es nur Kurpfuscherei geben. Wie der Arzt, um den kranken menschlichen Körper zu heilen, Anatomie und Physiologie studirt haben muß, so muß der Sozialpolitiker, welcher die Schäden des Gesellschaftskörpers heilen will, Rationalökonomie studirt und sich mit den Seelen, welche die gesellschaftlichen und ökonomischen Funktionen regulieren, vertraut gemacht haben.

Hätten unsere sozialen Wunderdoktoren Rationalökonomie studirt, so würden sie wissen, daß die Krisis, die seit fast 10 Jahren auf Deutschland lastet, mit den Fragen: Freihandel oder Schutz Zoll? Direkte oder indirekte Steuern? gar nichts zu thun hat, und daß sie durch Wucherer, Kolonien, Janungen ebenjowenig geheilt werden, wie die fallende

Junggefallen, und man erhält einen Ueberschuß der auf eigenen Gewerben angewiesenen weiblichen Bevölkerung, der ein Verbot der industriellen Frauenarbeit gleichbedeutend machen würde mit einem Todesurtheil über so und so viele weibliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft.

Nicht also um unsere Forderungen „abschwächen“, sehen unsere Abgeordneten von dem „Verbot aller Frauenarbeit“ ab, sondern einzig und allein wegen des utopisch-reaktionären Charakters diese Forderung.

In einer der letzten Nummern der „New-Yorker Volkszeitung“ heißt es von Friedrich Engels' Schrift über den Ursprung der Familie u. d. d. die Redaktion „nur drei Sätze darin gefunden habe, welche als streitige Punkte bezeichnet werden können“, und auf welche sie daher die Aufmerksamkeit der Genossen ganz besonders lenkt. Als einen dieser drei Punkte nennt sie folgenden aus S. 124 der genannten Schrift enthaltenen Ausspruch:

„Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großen gesellschaftlichen Maßstab an der Produktion sich betheiligen kann, und die häusliche Arbeit sie nur in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt. Und das ist erst jetzt möglich geworden durch die moderne große Industrie, die nicht nur Frauenarbeit auf großer Stufenleiter zuläßt, sondern förmlich nach ihr verlangt, und die auch die private Hausarbeit mehr und mehr in eine öffentliche Industrie aufzulösen strebt.“

Die Volkszeitung wünscht diesen Satz durch eine weitere Ausführung vor der Kritik geschützt, „als ob alle Frauen oder deren Weibchen erst industriell verfertigt und der privaten Hausarbeit entbunden sein müßten, ehe die Frau befreit werden könne.“

Wir glauben, daß diese weitere Ausführung durch den Satz, der den obigen vorhergeht, gegeben ist. Derselbe lautet nämlich: „Hier zeigt sich schon, daß die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Mann, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, so lange die Frau von der gesellschaftlichen produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häuslichen Privatarbeiten beschränkt bleibt.“ Wir haben die Worte unterstrichen, welche nach unserer Ansicht jeder Mißdeutung vorbeugen. Uebrigens heißt es auch oben „sich betheiligen kann“.

Anscheinend radikal, wäre die Forderung des absoluten Verbots der industriellen Frauenarbeit heute durchaus reaktionär, woraus die Leser zu ziehen, daß es mit dem sogenannten Radikalismus manchmal auch sehr argen Bedenken hat.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 30. Dezember 1884.

— Bismarck's Weihnachtsgeschenk. Nun ist die „deutsche Flotte“ auch auf einigen Inseln des stillen Ozeans und der Nordküste von Neu-Guinea aufgeführt worden, und immer deutlicher zeigt sich der Zusammenhang der Dampferubventionsvorlage mit den Kolonialbestrebungen Bismarck's, was dieselbe natürlich in den Augen ihrer bisherigen Betreuer, soweit dieselben der Bourgeoisie angehören, nur noch sympathischer macht. Dessen mehr Ursache haben aber die Vertreter der Arbeiterklasse, dem ganzen Treiben gegenüber auf der Hut zu sein. Es handelt sich da nicht bloß um eine Ausdehnung des Seeverkehrs, sondern um die Einleitung zu einer höchst abenteuerlichen Amerikapolitik, die voraussichtlich sehr unangenehme Verwicklungen zur Folge haben wird, Verwicklungen, für welche natürlich nicht die Herren Amerikanschwärmer, sondern das deutsche Volk die Kosten zu tragen hat, das ja auch die Dampferubention zu zahlen haben wird. Was wir damit meinen, ergibt aus folgender Stelle eines Artikels des Herrn Lorenz von Stein in der Münchener „Allgemeinen“, in welchem — wohlgerichtet — die „neue Kera“, in die das deutsche Reich jetzt tritt, psychologisch verhüllt wird:

„Und was jetzt? Wir werden uns hier nicht ins Maßlose verlieren. Aber die Magnetnadel steht nicht fester in ihrer Richtung als der Satz, daß, nachdem einmal die deutsche Flotte auf der einen Hälfte des Erdrundes entfaltete ist, es nunmehr eine folgenreichere Reihe von Dingen gibt, an die man sich denken und die man sich vorstellen muß. Und es wird nicht immer damit abgethan sein, in einem friedlichen Kongreß auf deutschem Boden die Stimmen Europa's zu protokollieren. So weit die Geschichte Europa's geht, sind immer die Kongresse den Kriegen gefolgt. Ist die Wilhelmstraße eine Gewähr dafür, daß die Entfaltung der deutschen Flotte in den drei Welttheilen nicht auch hier einmal das Umgekehrte erzeugen wird?“

„Die fünfzehn Jahre, die jede große Umgestaltung des staatlichen Lebens fordert, um sich zu vollziehen, sind seit 1870 vorüber. Es scheint für dieses Deutschland in Wahrheit mit dem Jahre 1885 eine neue Reihe von Dingen sich zu eröffnen, das Weltleben tritt in die alten parlamentarischen Kreise hinein; es zerbricht schon jetzt so manchem kleinen Partei-Kreisweibe seine Sandhirne; und noch kann Niemand sagen, welche neuen Kreise jetzt die Geschichte zu ziehen beginnen wird.“

Das meinen wir auch, und grade deshalb sind wir der Ansicht, daß wenn die kapitalistische Gesellschaft sich auf solche Abenteuer einläßt, um ihre Lebensdauer künstlich zu verlängern, wir Sozialisten nicht mitzuwachen haben. Im Uebrigen lassen wir hier das Urtheil der gleichfalls der Bismarck'schen Kolonialpolitik günstig gesonnenen „Frankfurter Zig.“ über die neu-annektirten Territorien folgen. Es heißt da:

„Da dieselben unter dem Äquator liegen oder höchstens bis zum 10. Gr. südl. Breite reichen, so kann von einer europäischen Koloni-

Sucht durch die Wundermittel des Schäfers Thomas. Sie würden dann wissen, daß die Ursachen der Krisis in der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise zu suchen sind, und wenn auch augenblickliche Erleichterungen eintreten können, solange ihre verhängnisvollen Wirkungen ausbleiben müssen, bis die kapitalistische Produktionsweise einer gerechten und zweckmäßigeren Organisation der gesellschaftlichen Arbeit Platz gemacht hat.

„Da sind wir ja mitten im Sozialismus!“ hören wir den einen oder anderen Wähler ausrufen.

Gewiß, der Sozialismus ist die Gesellschaftswissenschaft, und weil er Wissenschaft ist, wird er von den sozialen Kurpfuschern und allen denen, die an der Fortdauer ungerichteter Gesellschaftszustände ein Interesse haben, gehaßt, geschmäht und verfolgt.

Hätten wir Unrecht, wir würden nicht verfolgt.

„Du schlägst“, sagte der griechische Philosoph, als sein hitziger Gegner, der ihn in einer Disputation nicht zu überwinden vermochte, im Joch handgreiflich wurde, — „Du schlägst, also hast Du Unrecht.“

Unser Verbrechen ist, daß wir Recht haben.

Und was sind nun die Ursachen, was ist das Wesen der Krise, unter der jetzt der Gesellschaftskörper in fast allen seinen Theilen und Gliedern so schwer leidet?

Es ist eigentlich ungenau, von einer Krisis zu reden; was man unter dem Namen Handels-, oder Geschäftskrisis, auch Geldkrisis oder schlechtes Krisis zu verstehen pflegt, umfaßt bei Weitem nicht alle Momente der gegenwärtigen Krise. Diese ist eine Verbindung verschiedener Krisen, und das gerade hat ihr den chronischen (dauernden) Charakter verliehen, der sie vor allen früheren Krisen auszeichnet.

Die eigentliche Handels- und Geschäftskrisis, die Krisis in ihrer klassischen Form hat ihren Grund darin, daß die Konsumtion nicht gleichen Schritt mit der Produktion hält: die Waaren werden auf Spekulation durch Privatunternehmer hergestellt, welche nur ihren eigenen Vortheil im Auge haben, weder die Bedürfnisse des Marktes noch die Gesamtproduktion überlegen können und ebendeshalb mit einander in beständiger Konkurrenz stehen. Es wird also im wahren Sinne des Wortes ins Blaue hinein produziert. Unter Absatz hat sofort eine Vermehrung der Produktion zur Folge. Wird der Absatz schwieriger, so sucht der Fabrikant oder Unternehmer sich durch Preisverabreichung zu helfen, ohne jedoch die Produktion einzustellen. Da nun alle Fabrikanten oder Unternehmer in derselben planlosen Art drauf losproduzieren, so muß schließlich eine Stauung entstehen, der überflüssige Markt kann keine Waaren mehr aufsaugen — Absatz ist nur noch zu Schieberpreisen möglich — die Fabrikanten, welche sich im Verhältnis zu ihren Mitteln am tiefsten

*) Auf mehrfach geäußerten Wunsch im Ausland lebender Genossen, und in Erwägung, daß ein so wichtiges Dokument zur Parteigeschichte auch von Rechtswegen in Parteiorgan gehört, bringen wir hiermit das Wahlmanifest unserer Partei zum Abdruck. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß Verbreitung eines einheitlichen Flugblattes in ganz Deutschland auf dem Kongress der Kongresse vorgeschlagen, bezw. eine dahingehende Resolution dort einstimmig angenommen wurde. Die Red.

tion nicht die Rede sein; sind doch selbst die Europäer in Luensland nicht im Stande, Feldarbeit zu verrichten und glauben doch die dortigen Besitzer der Zuckerplantagen ruiniert zu werden, wenn man ihnen verbietet, von den Inseln oder aus Indien Arbeiter (Kulis) herbeizuschaffen. Es ist ja möglich, daß sich im Innern von Neu-Guinea höher gelegene Gebiete befinden, in welchen auch Deutsche leben und arbeiten können, allein was man bisher über die äußerst ungesundeten sumptigen Küsten und den Zustand der Bewohner erfahren hat, war eben nicht darnach, Jemand nach dem Besitze dieser Landstriche lüsten zu machen. Auch die australischen Kolonien tragen nicht deshalb nach denselben Verlangen, weil sie dort einen ausgedehnten Handel treiben oder neue Niederlassungen gründen zu können hoffen, sondern weil sie die Inseln für die Zukunft zur Sicherheit der Kolonien für notwendig halten — kurz, weil sie andere Nationen verhindern wollen, sich in ihrer Nähe festzusetzen. Daß wir in jeder Beziehung berechtigt sind — wenigstens so weit die Engländer in Betracht kommen — auf der Nordküste Neu-Guinea's und den übrigen Inseln Niederlassungen zu gründen, unterliegt keinem Zweifel, eine andere Frage aber ist, ob es klug ist, die Engländer in Europa, Australien und Afrika uns zu Feinden zu machen, wenn der Gegenstand des Streites vielleicht desselben gar nicht werth ist, ganz zu schweigen von den Kosten und Reibereien, welche sicher nicht ausbleiben werden."

Stimmt!

Die Aussichten der Dampfersubventions-Vorlage haben sich übrigens keineswegs gebessert. Im Gegentheil, es wird allgemein — auch von den Freunden der Vorlage — anerkannt, daß die Vertreter der Regierung in der Kommission keine sich haltenden Gründe vorgebracht haben. Bekanntlich sollten aber, weil der Vorlage selbst keine Gründe beigegeben und auch im Plenum des Reichstages keine mitgeteilt worden sind, die Gründe der Regierung in der Kommission enthalten werden. Es scheint sich aber mit den Gründen der Reichsregierung ähnlich zu verhalten wie während mit dem berühmten "Pläne" des Generals Trochu, der heute, 14 Jahre nach der Belagerung von Paris, das Tageslicht noch nicht erblickt hat, und es schwerlich jemals erlösen wird.

Daß die Regierung ihre zureichenden "Gründe" hat, soll darum keineswegs bezweifelt werden, aber es sind Gründe politischer Art, die sie vers zu eigen muß, weil sie den Zusammenhang der Dampfer-Vorlage mit der "Kolonialpolitik" des Fürsten Bismarck, und die wahre Natur dieser abenteuerlichen, auf Kräfte mit dem Ausland und Beschwindlung des Inlands hinauslaufenden "Politik" enthüllen würden.

Trotzdem — wie schon früher bemerkt — scheint uns die Annahme der Dampfervorlage gefahrdrohend zu sein. Der größere Theil des Zentrums und ein nicht unbedeutlicher Bruchtheil der Fortschrittspartei wird voraussichtlich für die Regierungsmehrheit stimmen.

"Raues Klima." Die konservative "Schlesische Zeitung" brachte vor einiger Zeit eine Schilderung des Schlüsseldorger Militärgefängnisses, in welchem jetzt die russischen Revolutionäre gefangen gehalten werden. Da heißt es schließlich:

"Der im letzten nihilistischen Prozeß verurtheilte frühere Oberst-Leutnant Kshendrenner wurde auch in Schlüsseldorf untergebracht, ist jedoch, da seine Gesundheit ohnehin schwach war, dem dortigen rauhen Klima erlegen. Ausländische Zeitungen brachten das falsche Gerücht, er sei, wegen Aufregung gegen seinen Wärter, erschossen worden."

Der Prozeß Kshendrenner fand im September statt — das "raue Klima" — Schlüsseldorf liegt nur wenige Meilen von Petersburg entfernt! — hat den im kräftigsten Mannesalter stehenden Militär also in noch nicht ganz drei Monaten dahingerafft. Eine unverschämte Umschreibung für insamen Nord ist nur in Rußland und bei den Kugel-schindenden Journalisten des deutsch-nationalen Servilismus möglich.

Und die liberale und demokratische Presse des deutschen Vaterlandes braucht diese zweifelsohne russisch-assyrische Notiz nach, ohne auf diese unverschämte Verdrehung der Thatfachen auch nur mit einem Worte hinzuweisen. In Deutschland ist man nämlich noch nicht so — verkommen wie in Frankreich oder England.

Bismarck's phänomenale Ignoranz auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Nationalökonomie hat uns wiederholt amüsiert. Jetzt hat der "große Otto" wieder eine bedeutende Leistung verrichtet. In der letzten Reichstags-Sitzung warf er nämlich den Sozialdemokraten vor, sie glaubten an die Gleichheit aller Arbeit und daß alle Menschen zu jeder Arbeit gleich tauglich seien. Schon an diesem Grundverstum, meinte der "moderne Oedipus", müsse der sozialdemokratische Staat scheitern, dessen Bürger acht Tage nach der Verwirklichung ihres Verals "emanber die Hölle absteigeten" würden.

Wenn ein jugendlicher Handlungsreisender derartiges "Blech" zum Besten gäbe, würde man es ihm nicht verzeihen. Unser "großer Staatsmann" darf sich aber den Luxus einer solchen Albernheit schon erlauben.

Wir möchten nur wissen, wer ihm diesen Bären aufgebunden hat. Da er natürlich keine wissenschaftlichen Bücher liest, und der Sozialismus leider eine Wissenschaft ist, so liegt die Vermuthung nahe, daß Bismarck sich durch irgend einen "Geheimen", den Madai ihm empfohlen hat, vielleicht durch den biederen Krüger oder Sacher, ein Privatstudium über Sozialismus und Sozialdemokratie lesen läßt. In einer der ersten Ausgaben des Brockhaus'schen Konversationslexikons aus den dreißiger Jahren erinnern wir uns ähnlichen Widsinns gelesen zu haben.

Nicht einmal Baboeuf und seine "Gleichen" haben die Gleichheit

so verstanden. Sie glaubten aber, dem damaligen Stande der Wissenschaft gemäß, daß die Erziehung sehr rasch, und schon in einer oder zwei Generationen, eine annähernde Gleichheit aller Individuen erwecken könne. Abgesehen hiervon, erkannten die Baboeuisten das Recht des Individuums auf volle Entwicklung aller seiner individuellen Fähigkeiten an. Und alle späteren sozialistischen und kommunistischen Schulen haben dieses Recht des Individuums und der Individualität anerkannt.

Dagegen ist von den Sozialisten stets festgehalten worden, daß allen Menschen dieses Recht der Entwicklung aller ihrer Fähigkeiten in gleichem Maße zusteht. Niemals ist jedoch b.hauptet worden, alle Menschen seien heutzutage qualitativ gleich und könnten qualitativ gleiche Arbeit liefern.

Diese Albernheit ist das geistige Eigenthum des "eisernen Kanzlers" und seines "Geheimen".

Uebrigens wollen wir dem "genialen Staatsmann" nicht verschweigen, daß es unseres Erachtens schon jetzt Hunderttausende in Deutschland gibt, die den Staat ebenso gut "regieren" wie er, und Hunderttausende, die ihn besser regieren würden. Freilich, Jemand zu finden, der ihm an Dumm dreistigkeit das Wasser zu halten vermag, das scheint uns unmöglich.

Die Trauben sind sauer. Als Otto am 15. Dezember die bekannte Dhrzeige erhielt, dachte er in der ersten Wuth an eine Auflösung des Reichstags. Bei reiflicher Ueberlegung kam er von diesem Voratz ab, weil er ein sah, daß der "Appell an das Volk" aller Voraussicht nach schlecht für ihn ausfallen und die Dhrzeige zum Zutritt verpörrt würde. In Ermangelung von Neumazzen hat er nun durch die nationalliberalen Hampelmanner ein telegraphisch-epistolarisches Viebüß in Szene setzen lassen, auf das freilich nur sehr Dumme "reinschlagen" können.

Ran merkt, der Otto wird doch alt. In seinen jüngeren Jahren hätte er sich nicht so lächerlich gemacht.

Auf ein praktisches Trostmittel sind übrigens einige jüdische Nationalliberale verfallen: sie wollen eine nationale Geldsammlung für den "Hertules des 19. Jahrhunderts" veranstalten — das gibt allerdings ein pflästerchen auf die Wunde.

Weld stinkt nicht, sagte jener römische Kaiser, als er die Erträgnisse einstrich aus der Verpachtung der — Klauen.

Fortschrittliche Kiedertracht. Kein Zweifel mehr, bei der dritten und endgültigen Abstimmung über den famosen Bureau-direktor des "Eisernen" wird ein Theil der tapfern Herren Fortschrittler entweder "umfallen" und für die 20,000 Mark summen, oder von der Abstimmung wegscheiden. Das Abkommandiren hat schon begonnen. Kurz, eine Wiederholung des schmachtollen Schauspiels, welches die Herren Fortschrittler anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes darboten. Ja, noch schmachtoller. Demals handelte es sich um eine reine, gewissermaßen ideale Prinzipienfrage, die aber in der Praxis eine Schädigung der Parteinteressen bedeutete. Denn das wird doch wohl von Niemanden ernstlich bestritten werden, daß das Sozialistengesetz für die Fortschrittspartei außerordentlich vorteilhaft ist, seine Richtveränderung ihr also nachtheilig gewesen wäre. Jetzt aber handelt es sich nicht bloß um eine Prinzipienfrage, sondern geradezu um eine Lebensfrage für die Partei — d. h. um die Verwirklichung des Parlamentarismus und um die Parlamentarischheit, welche das vornehmste Ziel der Fortschrittspartei ist. Wenn die Fortschrittspartei in diesem Konflikt, der durch das brutale Benehmen des Fürsten Bismarck ihr aufgezwängt worden ist, seine juristische, dann beugt sie nicht bloß einen Prinzipienverrat, sondern einen politischen Selbstmord. Sie erklärt sich unsäglich zur Durchführung ihres eigenen Programms.

Und sie wird diesen Vertrat und diesen Selbstmord begangen. Weilständig der beste, die einzige Dienst, den sie der Sache des Volkes leisten kann.

Die Nachwahl in Greiz (Wahlkreis Neuh Altene Linke) hat, wie zu erwarten war, mit dem Siege der Sozialdemokratie geendet. Genosse Wiemer ist mit 8848 gegen 2953 Stimmen, welche der Ordnungskandidat erhielt, gewählt. Trotz alles Geschries über die von der Opposition an dem armen Bismarck verübte Unverschämtheit ist das Stimmenergebnis ganz das gleiche wie am 28. Oktober. Auch das der Ordnungskandidat diesmal ein Konservativer war, während der frühere sich nationalliberal schimpfte, hat nichts zu ändern vermocht.

Ueber die Ergebniss-Adressen an den schwer gekränkten Reichskanzler durften natürlich auch die beliebten Adressen von Arbeitern nicht fehlen, und selbstverständlich kommen dieselben jetzt aus den Diten, wo den Arbeitern systematisch jede freie Aügung unmöglich gemacht wird, aus dem Distrikte, der in ganz Deutschland der verurtheilte ist wegen der Praktiken, mittels deren man bei jeder Reichstagswahl das Stimmrecht der Arbeiter illusorisch zu machen sucht: aus Böhmen. Und ebenso selbstverständlich ist Bismarck, als glaube er an diesen Schwindel, und lobt in einer gerührten Antwort diese "schöne" Eintracht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Arbeiter willenlose Sklaven ihrer Ausbeuter — dies das "Ideal" des großen Arbeiterfreundes.

Für jeden nicht staatsmännisch veranlagten Menschen haben diese Adressen natürlich genau denselben Werth wie die famosen 1500 Unterschriften unter dem Rufus für die noch famosere anti-sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Deutsche im Ausland. In der "New Yorker Volkszeitung" finden wir folgenden hübschen Beitrag, zum Thema, wie es die nationalen Deutschen im Ausland anstellen, um dem deutschen Namen bei den Angehörigen anderer Nationalitäten Achtung zu verschaffen:

"Die Redaktion der 'Deutschen Zeitung' in New Orleans

periodischen Handels- und Geschäftskrisen die kleinen Fabrikanten massenhaft zu Grunde gehen. Durch diese Krisen wie überhaupt durch das der kapitalistischen Produktion anhaftende Prinzip der freien Konkurrenz, das den Schwachen dem Starkeu preisgibt, bildet sich die Produktion immer mehr zur Großproduktion aus: mit ungeheuren Kapitalien, die in einzelnen Händen oder im Besitz von Privatgesellschaften sind, wird produziert, die Konzentration der Kapitalien und mit ihnen der Produktion nimmt immer mehr zu: die Produktionsmittel steigern sich mit außerordentlicher Schnelligkeit. Die Akkumulation (Aufführung) und Konzentration der Kapitalien und der Produktionsmittel ist auch in den letzten zehn "mageren" Jahren unaufhaltsam vor sich gegangen. In England, in Frankreich, in Deutschland hat die Zahl und die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen — auf dem Gebiet der Produktion der sicherste Gradmesser — eine kolossale Steigerung erfahren.

In der Zeit, wo die Produktionsmittel sich so mächtig entfalten, hat die Konsumtion aber nicht entsprechend zugenommen. Durch schlechte Ernte und schlechte Vertheilung wird die Zahl und die Leistungsfähigkeit der Konsumtion des Volkes gekürzt. Was nützt es, daß die Fabriken gebraucht- und Luxusgegenstände jeder Art in Masse erzeugen, wenn das Volk kein Geld zum Kauf hat.

Die paar nackten oder halbnackten Wilden der Samoa-Inseln, Angra-Pequena's oder ähnlicher schönen Gegenden, in welche die Wunderdoktoren vermittelst einer sogenannten Kolonialpolitik die überflüssigen Menschen und Waaren deportiren wollen, werden uns nicht von der "Ueberproduktion" befreien. Die Vertheilung muß innere und äußere erfolgen, nicht außer und nicht in der Ferne.

Die Kaufkraft des Volkes, welche unter den heutigen Produktionsverhältnissen in erster Linie von der Lohnhöhe, und in zweiter von dem Wohlergehen des "kleinen Mannes", der noch nicht Lohnarbeiter ist, abhängt, wird niedriger durch die nämlichen Faktoren, welche die Steigerung der Produktion bedingen. Die Konzentration und die Konkurrenz der Kapitalien bewirkt einerseits eine Verdrängung der Löhne, bei äußerster Anstrengung der Arbeitskraft, andererseits den Ruin des "kleinen Mannes", der durch den Großkapitalismus erdrückt wird. So befindet die kapitalistische Produktion sich in einem verhängnisvollen Widerspruch mit ihren eigenen Existenzbedingungen, sie zerstört selbstmörderisch das Fundament, auf welchem allein sie sicher ruhen könnte. Steigerung der Produktion und Verminderung der Konsumtionsfähigkeit — das ist die Signatur.

Dieses Mißverhältnis muß mit der Zeit zu einer Weltkatastrophe führen, verglichen mit der alle bisherigen ökonomischen Katastrophen Kinderpiel sind. Vorbeugt werden kann nur durch prinzipielle Behebung des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion, das heißt durch eine vernünftige und gerechte Organisation der nationalen und internationalen Produktion und Konsumtion, welche von der Sozialdemokratie erkämpft, von allen übrigen Parteien aber bekämpft wird.

Wir deuteten vorhin schon auf die Eigenschaft des Großkapitals hin, das keine Kapital aufzulegen. Wer Quecksilberkügelchen umherlaufen läßt, wird sehen, wie jedesmal, wenn zwei Kügelchen einander nahe kommen, das kleine von dem größeren "eingerleibt" wird. Genau so vollzieht sich der Konkurrenzkampf der Kapitalien. Wie ein Naturgesetz die Wassertropfen sich vereinigen, zu Bächen, Flüssen, Strömen werden und dem Meer zuströmen läßt, so läßt das in der heutigen Wirtschaftswelt herrschende Gesetz der Schwere alle zu Silber und Gold verdichteten Schmetztropfen der Arbeit in den Ozean des Großkapitalismus fließen — nur daß die Wassertropfen abwärts fließen, die zu Gold und Silber gewordenen Schmetztropfen aber aufwärts. "Die Großen fressen die Kleinen auf." Das Kleinkapital hat im Kampf mit dem Großkapital keine Möglichkeit des Sieges. Der Kapitalist, der mit Hunderttausenden, ja mit Millionen "arbeitet", schlägt den "kleinen Mann", der mit Tausenden oder gar bloß mit Hunderten "arbeitet", ebenso sicher aus dem Feld, wie eine mit Rindmädengewehren und Hinterladern ausgerüstete Armee eine Horde mit Bogen bewaffneter Indianer. Der Abstand ist nicht geringer. Der Großkapitalist hat als solcher den überwältigenden Vortheil, daß er (vermöge Anwendung der besten Maschinen, vermöge Konzentration von Arbeitskräften und vermöge äußerster Arbeitsvertheilung) nicht bloß massenhafter, sondern auch billiger produziren kann, als sein mit weniger Kapital ausgerüsteter Konkurrent.

Hier ist der Hebel anzusetzen. Das Prinzip der freien Konkurrenz und des selbstthätigen Individualismus, auf welchem die kapitalistische Produktion beruht, ist es, was seinem Wesen nach den Niedergang des Handwerks, den Ruin des "kleinen Mannes" verschuldet. In dem wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen England ist das selbständige Handwerk von dem Großkapital bereits verdrängt. In Deutschland geht es mit Riesenschritten dem Untergang entgegen: der "kleine Mann" in Stadt und Land wird mit furchtbarer Stetigkeit von dem Großkapital expropriert (enteignet) und zum Proletariat gemacht.

Was hat man gethan oder vorgezogen, um diesem Vernichtungsvorgang zu steuern?

ist in ihrer Bismarck-Wuth übergeschnappt. Weil der Reichskanzler in letzter Zeit so schwere Niederlagen im Reichstage erlitten hat, fordert ihn die Rev-Oceanerin zur — Abschaffung der deutschen Volksvertretung auf, und zwar mit folgenden Tollmuth-Ausdrücken: "Der von Bismarck hat wohl längst schon den verhängnisvollen Irrthum eingesehen und bereut, den er bei der Einrichtung des Norddeutschen Bundes, nach dem 1866er Kriege, mit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts begangen hat. Die Frage ist jetzt die: kann dieser verhängnisvolle Irrthum jetzt noch redressirt werden, indem die in "patriotischem" und "großmüthigem" Dusei verlesene Verfassung, ein Geschenk an das deutsche Volk, welches politisch zu unreif ist, um das Geschenk zu würdigen und die ihm durch die Verfassung verliehenen Rechte und Privilegien vernünftig zu gebrauchen, zurückgenommen würde, monach die Reichsregierung, ohne Reichstag, künftig nur noch mit dem und durch den Bundesrath regieren würde? Einen "Staatsstreik" würde man das nennen, aber es würde kein "Staatsstreik" sein, wie man sie in Frankreich von den Napoleoniden erlebt hat, zur Unterdrückung eines ganzen Volkes und zur persönlichen Beherrschung und Bereicherung einer ehrgeizigen Familie, sondern ein "Staatsstreik" zur Rettung Deutschlands vor den anti-nationalen, die Einheit und Selbstständigkeit der Nation und ihre Stellung als Weltmacht unterwühlenden, landesverrätherischen Antrieben und Bestrebungen der mit dem römischen Pfaffensthum verbündeten "liberalen", "fortschrittlichen", "freisinnigen" und "sozialdemokratischen" vaterlandslosen deutschen Dredobgell!"

Wenn ein Amerikaner das liest, welchen Respekt muß er da bekommen vor einer so grenzenlosen Knechtseligkeit!

Von den famosen Abkommandirungsbriefen in Sachen des Sozialistengesetzes sind verschiedene Exemplare aufgefunden worden und in sicherer Hand deponirt. Sie tragen die Unterschrift des Herrn Otto Dermes vom "Zoologischen Garten" — des Durchgefallenen der beiden Brüder. Es sind übrigens verschiedene der Briefe auch von anderen Mitgliedern der Partei unterschrieben worden, z. B. von Ricker. Wer wohl die neuen Abkommandirungsbriefe in Sachen der 20,000 Mark schreiben wird? Etwas vorsichtiger dürften die Führer dieser gesinnungslossten der Dreihaisenden Parteien allerdings geworden sein.

Ein musterhafter Sparapostel. In Berden (Hannover) ist der Direktor der dortigen Sparkasse, Hof-Führer der Antisemiten und konservativer Reichstagskandidat, nach Konstatirung eines Defizits von gegen 2 Millionen Mark verhaftet worden. Hof war das Auser eines durch Ziehl und Sparbarkeit emporgewachsenen Menschen. Als kleiner Spar-erheld fing er an und schließlich hatte er sich mehrere Rittergüter, verschiedene Häuser u. zusammengesparrt. Welch leuchtendes Vorbild!

Weiteres über diesen Biederemann in nächster Nummer.

Die Wunder der Ausweisungen gemessenhaft zu verzeichnen, mag im Interesse der Verehrer des "Dafs", Verachtungs- und Aufreizungs-Paragaphen nicht weniger geboten sein, als im Interesse derer, die dadurch "gebessert" werden sollen. Der am 8. dies aus Wühlhausen i. Elsaß ausgewiesene Genosse F. Dworzak schreibt uns in dieser Hinsicht vor Abreise in eine, ihm mit Hilfe unserer Genossen in Paris vermittelte Stelle, am 28. dies, aus Basel: Es war mir hier Arbeit versprochen, aber jetzt bis nach Neujahr wieder aufgehoben, und so zog ich die angebotene Stelle vor, trotzdem ich nicht französisch kann. Ich reise heute Abend ab; meine Frau und die zwei Kinder sind noch in Wühlhausen, und beide Kinder jetzt auch noch krank geworden. Die Genossen in Wühlhausen können meine Familie jetzt auch nicht mehr so leicht besuchen, wollen sie nicht unter Umständen gleichfalls mit der Polizei in Berührung kommen, da meine Wohnung von den Spürhunden streng beobachtet wird. Die Unterstützung habe ich meiner Frau überandt, sie war am Gemeindehaus und verlangte Unterstützung, da ich es, sie soll in ihr Land gehen (ich bin Oesterreicher) und gab ihr nichts. Wir wollen's zum Andern schreiben und — uns "bessern"!

In Oesterreich kracht es wieder ganz bedenklich. Verschiedene größere Banken haben ihre Zahlungen einstellen müssen, und wie es im Geschichtsleben nun einmal ist, ein Bankrott zieht immer den andern nach sich. Bei dieser Gelegenheit haben sich belläufig verschiedene Bankdirektoren als gemeine Defraudanten entpuppt. Da sie aber durchaus nicht aus Noth unterschlugen, sondern nur so nebenbei die ihnen anvertrauten Summen verspielt, so können sie auf das Mitleid der guten Gesellschaft rechnen.

Ferner wurden in letzter Zeit angeblich wieder eine ganze Reihe von Dynamitkomplotten entdeckt, von denen sich die Mehrzahl hinterher als ganz gemeine Reporterphantasien herausstellten. Ueber eine "geheimen Druckerei", welche die Polizei in Neu-Pest entdeckt haben will, lesen wir in der Budapest "Arbeiterwochenzeitung", daß diese Druckerei — polizeilich konfessionirt gewesen sein soll! Bei der Pest Polizei ist nachgerade alles möglich.

Frankreich. In Paris fand am Sonntag wiederum eine große Volksversammlung in Sachen der Arbeitslosen statt. Trotz verweigerter Anstrengungen gelang es den Anarchisten nicht, sie zu sprengen. Die bereits von uns mitgetheilte Resolution des nicht anarchischen Komite's wurde mit großer Majorität angenommen, während die von den Anarchisten beantragte Resolution in der Minorität blieb. Daß sie überhaupt eine erhebliche Stimmemehrheit auf sich vereinigte, kennzeichnet die Stimmung in Pariser Arbeiterkreisen. Wird darin doch ziemlich unverbliamt zu Raub und Plünderung aufgefordert.

Daß Raub und Plünderung die Krise und damit das Elend nur noch verschärfen würden, liegt auf der Hand, ebenso klar ist aber auch, daß es nicht zu Gunsten der sozialen Revolution sein würde. Im

eingelassen haben, machen Bankrott, andere halten es aus und schwören' in Zukunft vorsichtiger zu sein — die Zeichen der kleineren bedecken das ökonomische Schlachtfeld, und das ganze Gemeinwesen, das ganze Geschäftsleben wird erschüttert, in Unordnung gebracht. Tausende von Geschäftsleuten, die direkt mit der Produktion nichts zu thun haben, werden in den allgemeinen Ruin verwickelt, und Hunderttausende von Arbeitern müssen die Kurzsichtigkeit und Geldgier ihrer verackten "Brodherren" mit Arbeitslosigkeit oder Hungerlöhnen büßen.

Die auf diese Weise genantam herbeigeführte Einschränkung der Produktion hat zur Folge, daß das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion allmählig in roher Form ausgeglichen wird: die alten Waren werden nach und nach um jeden Preis losgeschlagen — der überfüllte Markt wird erleichtert, das aufmerksame Auge der Spekulantent bemerkt dies, und die Produktion kommt wieder in Fluß — erst langsam und vorsichtig — bald aber wird das Tempo rascher — der Abfall ist, in Folge der langen Stodung, ein lebhafter — die guten Vorsätze werden in den Wind geschlagen, und das tolle Spiel beginnt von Neuem — mit demselben Erfolg. Prosperität und Krise, ökonomischer Aufschwung und ökonomischer Krach — das ist der Kreislauf, in welchem unser heutiges Wirtschaftssystem sich bewegt und demgegenüber muß, weil es seiner Natur nach nicht im Stande ist, die notwendigen Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion, Arbeitserzeugung und Arbeitsverbrauch herzustellen. Eine Krise, so wie wir sie eben geschildert, wurde uns neuerdings durch die Schwindelperiode nach dem letzten Kriege mit Frankreich bezeugt.

Es gibt nur ein Mittel, den Handels- und Geschäftskrisen abzuwehren, und das ist: Einrichtungen zu treffen, welche die Ursachen der Krisen aus dem Weg zu räumen, indem sie es ermöglichen, daß die notwendige Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion hergestellt wird. Hierzu gehört eine planmäßige Organisation der Arbeit und eine planmäßige, gerechte Vertheilung der Arbeitsprodukte — also anstatt der planlosen Privat- und Spekulationswirtschaft von heute die auf eine gesunde, ökonomische Basis sich stützende, durch eine systematische Wirtschaftspolitik vor Irrthümern sich bewahrende Organisation der Produktion und Konsumtion.

Und diese Organisation der Produktion und Konsumtion wird von der Sozialdemokratie angestrebt, und von ihr allein. Alle anderen Parteien sind darauf bedacht, die Zustände zu erhalten, aus welchen die Krisen mit Naturnotwendigkeit hervorgehen.

In die periodische Handels- und Geschäftskrise spielt die allgemeine Produktionskrise herein, welche sich in sämtlichen entwickelten Industrie-Ländern bemerklich macht. Wir wiesen schon darauf hin, daß in den

(Fortsetzung folgt.)

